

25. September 2009

## **Stellungnahme der SPD-Bezirksfraktion Wandsbek zur geplanten Schulreform in den Regionen 15, 16, 17, 18 und 19**

Die Primarschule bietet durch die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens Chancen, beinhaltet aber wegen zahlreicher organisatorischer und inhaltlicher Probleme sowie wegen der Umstrukturierung sämtlicher Schulen im laufenden Betrieb auch erhebliche Risiken.

Die jetzt vorgelegten Standortplanungen in Wandsbek bestätigen diese Befürchtungen. Die Schulbehörde hat bisher keine Vorschläge gemacht, wie die offenen Fragen beantwortet und die Probleme gelöst werden können. Stattdessen werden die Wandsbeker über die Problemlösungen sowie über die erforderlichen und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für die Primarschulen im Unklaren gelassen. Wenn die Schulreform ein Erfolg werden soll, müssen die Chancen und Risiken transparent dargestellt und die Reform sorgfältig und durchdacht geplant werden.

Wir fordern für die konkreten erforderlichen Zubaumaßnahmen im Bezirk Wandsbek ein verbindliches Finanzierungs- und Planungskonzept mit einer konkreten Zeitschiene.

Die Abschaffung des Elternwahlrechtes muss zurückgenommen werden. Es darf nicht sein, dass die Eltern nicht mehr Entscheidungsträger für die Zukunft ihres eigenen Kindes sind, sondern diese elementare Lebensentscheidung einer schulischen Zugangskommission anheim gestellt wird.

### **1. Regionale Schulentwicklungskonferenzen**

**RSK 15:** Hinsichtlich des Gymnasiums und der Stadtteilschule der Kooperativen Schule Tonndorf wurden die Vorschläge der RSK modifiziert. Es ist zu klären, ob für die Einrichtung der beiden geplanten Gymnasialzüge an der Schule Tonndorf Neubauten notwendig sein werden. Außerdem sind die Vorbehalte der Otto-Hahn-Gesamtschule und der Stadtteilkonferenz Jenfeld gegenüber den geplanten Gymnasialzügen an der Schule Tonndorf auszuräumen. Es wird befürchtet, dass die Stadtteilschule Tonndorf und das Gymnasium der Kooperativen Schule Tonndorf Schüler aus dem Bereich Jenfeld abziehen und damit die Anmeldezahlen für die Stadtteilschule Otto-Hahn sinken, hier besteht dringender Klärungsbedarf. Die soziale Heterogenität ist eine wichtige Basis für ein erfolgreiches Lernen.

Für die Primarschulen Oppelner Straße und Eckerkoppel-Tonndorf besteht Zubaubedarf der bei Beginn des Unterrichtsbetriebes fertiggestellt sein muss.

**RSK 16:** Die Zukunft des Bildungszentrums muss gesichert werden. Deswegen fordern wir die Oberstufe der Stadtteilschule Am See dort verbindlich anzusiedeln, die umfassende Sanierung und weitere Belegung und Nutzung für schulische Zwecke einzuleiten mit dem Ziel, diesen Bildungsstandort umfassend zu beleben. Der Zubau an den Primarschulen Appelhoff, Edwin-Scharff-Ring und Am See ist fristgemäß abzuschließen.

Ein grundsätzliches Problem in dieser Region ist, dass alle Primarschulen geteilt wurden, so dass die Schülerinnen und Schüler nach der dritten Klasse die Schule wechseln müssen und auch die Lehrerinnen und Lehrer gezwungen sind, an verschiedenen Standorten zu unterrichten. Diesen Systembruch lehnen wir ab.

**RSK 17:** Die Gesamtschule Poppenbüttel soll die Räume der Schule Poppenbüttler Stieg mit nutzen. Es widerspricht auch der RSK-Empfehlung, dass durch die einseitige Modifizierung der BSB eine gemeinsame Oberstufe (11-13) an der Stadtteilschule Peter-Petersen eingerichtet werden soll. Die positive Entwicklung und die Chancengleichheit der Gesamtschule Poppenbüttel anderen Schulstandorten gegenüber wird mit dieser Entscheidung verhindert. Außerdem soll die Gesamtschule Poppenbüttel Ganztagschule werden und eine eigene Oberstufe erhalten, weil an diesem Standort eine eigene Oberstufe von großer Bedeutung ist.

**RSK 18.** Bei der Primarschule Duvenstedter Markt muss gewährleistet sein, dass die zukünftige Raumsituation auf die bisherigen und weiter zu erwartenden Anmeldezahlen zugeschnitten wird und mindestens eine 3,5-Zügigkeit für die Schule vorgesehen wird. So wird vermieden, dass die Schülerinnen und Schüler auf die umliegenden Schulen verteilt werden und weite Wege auf sich nehmen müssen. Die 3,5-Zügigkeit ist von der RSK ermittelt worden und findet sich jedoch im Schulentwicklungsplan nicht wieder.

Für viele Schulen in der Region 18 wurde ein Zubaubedarf ermittelt, der sich nicht zuletzt aus der Randlage der Walddörfer mit weiten Wegen ergibt. Soll die Primarschule planmäßig zum Schuljahr 2010/2011 beginnen, so müsste mit dem Zubau unverzüglich begonnen werden.

Die GHR-Schule Am Walde soll in eine reine Primarschule umgewandelt werden. Unklar bleibt jedoch der Verbleib der zukünftigen Klassen 7-10 nach der Umstellung der Schulreform, da diese sich auch nicht in einer Mehrzügigkeit der umliegenden Stadtteilschulen Bergstedt oder Walddörfer wieder finden.

Obwohl mehrere Schulen der Region Walddörfer den Status der Ganztagschule anstreben, gibt der SEPL keine Zusage für die Einrichtung einer Ganztagschule. Da ohnehin aufgrund der Randlage vieler Schulen Zubaubedarf besteht, darf diese Frage nicht an der beengten Raumsituation der Schulen scheitern.

**RSK 19:** Die Schulen Altrahlstedt und Oldenfelde sind als Stadtteilschulen nur mit den Jahrgängen 7-10 vorgesehen, hier ist zu befürchten, dass sich durch diese Festlegung die soziale Spaltung im Stadtteil manifestiert. Da Schulen ohne Oberstufe nicht attraktiv für die Eltern und Schüler sind, sollte zumindest mit einem Profil diesen Schulen ein zusätzliches Gewicht verliehen werden. Der auf der RSK festgestellte und von der BSB bestätigte Zubaubedarf betrifft folgende künftige Primarschulen: Rahlstedter Höhe, Am Sooren, Brockdorffstraße, Großlohering/Neurahlstedt,

Bekassinenau/Kamminer Straße. Hier fordern wir zeitnah die Vorlage aller Planungsdaten.

Durch die baulichen Pannen an der Brockdorffstraße darf keine Verzögerung bei der Fertigstellung der erforderlichen Raumressourcen entstehen. Das wird sich negativ auf die Anmeldezahlen niederschlagen. Die Zahl der Eltern, die jetzt schon nach „ihren“ Schulen für „ihr“ Kind sehen, ist groß. Zubaubedarf besteht auch in der Stadtteilschule Oldenfelde. Die Renovierung und der Bau der Sportmehrzweckhalle am Gymnasium Rahlstedt sind nunmehr ohne weitere Verzögerungen zu beginnen. Für die ungenutzte Schule am Schierenberg fordern wir die unverzügliche Erstellung eines Nutzungskonzeptes.

## **2. Primarschulen**

Die Entscheidung für eine bestimmte Primarschule darf keine Vorentscheidung für den späteren Bildungsweg eines Kindes sein. Kinder sollen vielmehr an allen Primarschulen gemeinsam lernen, ohne dass ihnen mit der Wahl einer bestimmten Primarschule besondere Optionen für ihren weiteren Bildungsweg eröffnet oder genommen werden.

Für die Primarschule sind reduzierte Klassenfrequenzen zwingend vorgeschrieben. Die zurzeit vorhandenen Räumlichkeiten reichen an den bisherigen Grundschulstandorten nicht aus. Hinzu kommt, dass es unser Ziel ist, jedem behinderten Kind den Besuch von Regelschulen zu ermöglichen, was in den RSK-Bereichen im Bezirk Wandsbek zusätzliche erhebliche Neu-, Zu- und Erweiterungsbauten für den Primarschulbereich erforderlich macht. Vor dem Hintergrund des bestehenden Renovierungs-, Neubau- und Investitionsstaus, den prognostizierten Steuerausfällen in Hamburg und dem von der BSB für den Bezirk Wandsbek bereits eingeräumten Mangel an Sporthallenflächen wird es problematisch werden, die oben genannten erforderlichen Maßnahmen für einen erfolgreichen Start der Primarschulen sicherzustellen.

Auch der Bezirk Wandsbek ist in Teilen davon betroffen, dass es für Schulen zwei und mehr unterschiedliche Standorte gibt. Organisationsbelastung, „Wanderlehrerinnen und -lehrer“ und das „Fliegende Klassenzimmer“ werden Realität, das längere gemeinsame Lernen wird ausgehebelt und die kurzen Beine müssen doch deutlich längere Wege bewältigen.

Wir fordern für die davon betroffenen KollegInnen einen ressourcenschonenden Arbeitseinsatz, eine Einweisung und eine Vorbereitung auf diese Situation. Die Pausen zwischen den Stunden können nicht mehr für wichtige Arbeiten oder die Erholung genutzt werden sondern werden durch die Wechsel zwischen den Schulen verschwendet. Ferner bestehen wir darauf, dass das für die künftigen Primarschülerinnen und Schüler wichtige Bezugs- bzw. Klassenlehrersystem nicht aufgehoben wird. Insbesondere bezieht sich dies auf die ins Haus stehende „Wanderpädagogik“ für die künftige Primarschule Bramfelder Dorfplatz/Hegholt.

## **3. Stadtteilschulen**

In den Wandsbeker RSK-Bereichen 16,17 und 19 sind Stadtteilschulen ohne eigene, am gleichen Standort angeschlossene Oberstufe, geplant. Die Gefahr, dass genau diese Stadtteilschulen zu Restschulen werden, ist voraussehbar. Sie laufen Gefahr, von Schülern und Eltern nicht ausgewählt zu werden, weil ihnen Primarschule und/oder Oberstufe fehlen. Für diese Stadtteilschulen muss ein Profil entwickelt werden, dass sich an den erfolgreichen Profilen der Gesamtschulen orientiert.

Die Stadtteilschule Poppenbüttel wird eingerichtet. Der Standort Poppenbüttler Stieg soll für schulische Zwecke bis auf weiteres erhalten bleiben, zunächst aber nicht genutzt werden. Interimsweise ist die Stadtteilschule Poppenbüttel verpflichtet, solange sie in der SEK II zweizügig ist mit der weit entfernten Peter-Petersen-Schule zu kooperieren. Wird oder ist sie aber dreizügig, soll die Schule Poppenbüttler Stieg genutzt werden. Die Einrichtung auch einer zweizügigen Stadtteiloberstufe ist eine Option.

#### **4. Gymnasien**

Die bisherigen Anmeldezahlen zeigen, dass die Abschaffung des Elternwahlrechtes insbesondere Kindern aus sozial schwächeren Familien und aus weniger wohlhabenden Stadtteilen den Weg zum Gymnasium erschwert. 20% weniger gymnasiale Schulanmeldungen, die durch die Bildungsprüfung, also die Abschaffung des Elternwillens, für Gymnasien ins Haus stehen und besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen zu einem Sterben der Gymnasien führen, sind nicht hinnehmbar, so wird die soziale Spaltung in der Stadt verfestigt.

#### **5. Weitere Aspekte**

##### **Neue Lehrerstellen**

Für die Umsetzung der Schulreform sind mehr Lehrerinnen und Lehrer nötig. Das ergibt sich allein schon aus der Reduzierung der Klassenfrequenzen, die in allen Schultypen erreicht werden muss, die in nicht unerheblichen Bereichen Hamburgs durch die Stufe des Sozialindexes auch noch deutlich höher werden kann. Es kann nicht sein, dass die Neueinstellungen durch Pensionierungen ins Minus geraten. Wir fordern die Vorlage von Planungsdaten für die Personalplanungen der BSB im Bezirk Wandsbek.

##### **Betreuung ausbauen**

Das Hort- und Ganztagschulangebot in Wandsbek muss dringend ausgebaut werden. Das Ziel muss sein, in allen Regionen ein ausreichendes Angebot an Hortplätzen und Ganztagschulen einzurichten, ohne dass die Standards herab gesetzt werden oder bisher bestehende gut funktionierende Horte in ihrem Weiterbestand zu gefährden. Durch die jetzigen Planungen werden zwar weitere Zielgruppen erreicht. Aber insbesondere durch die inakzeptable Erhöhung der Gruppenstärke von 17 auf 25 Kinder wird die Hortbetreuung unattraktiver und möglicherweise von den Eltern, die sich eine andere Betreuung finanziell leisten können, nicht mehr nachgefragt. Außerdem soll die Kostenfreiheit für die Betreuung zwischen 8 und 16.00 Uhr u.a. durch massive Kostensteigerungen für die

Randbetreuungszeiten (7 bis 8 Uhr und 16 bis 18 Uhr) sowie die Ferienbetreuung erkaufte werden. Hier drohen Kinder aufgrund finanzieller Hürden von der Rand- und Ferienbetreuung ausgeschlossen zu werden. Die beschriebenen Maßnahmen führen zu einer Verfestigung der sozialen Spaltung.

Völlig ungeklärt sind bisher alle Fragen der Raumsituation der geplanten Horte an den Schulen. Um Standardabsenkungen bei der Raumsituation von Horten zu vermeiden, bedarf ein eines massiven Ausbauprogramms an allen Schulen mit Mensen, Aufenthalts- und Ruheräumen. Dieses ist bei der geplanten Primarschulreform in den Regionalen Schulentwicklungskonferenzen jedoch in keiner Weise mitgeplant worden.

Dringend erforderlich ist eine enge Verzahnung der laufenden Planungen für die verlässliche Betreuung bis 16h nicht nur mit den Kita-Trägern, sondern auch mit den Trägern der Jugendhilfe, insbesondere der Offenen Kinder und Jugendarbeit. Die geplanten Reformen bedeuten einschneidende Veränderungen für die Jugendhilfe, die nur gemeinsam und auf Augenhöhe zwischen Schule, Kita und JH-Trägern gemeistert werden können. Hier bedarf es dringend eines Beteiligungs- und Moderationsprozesses durch die Fachbehörden.

### **Berufliche Bildung verbessern**

An den weiterführenden Schulen muss die berufliche Bildung ausgebaut werden. Die Berufsschulen verfügen über ein hervorragendes Know-How in der beruflichen Bildung. Deshalb schlagen Schulvertreter beider Seiten Kooperationen zwischen den weiterführenden Schulen und den Berufsschulen vor. Dieser Vorschlag ist richtig. Bislang gibt es zu diesem Thema von der Schulbehörde aber weder Ideen noch Vorschläge oder gar konkrete Projekte. Hier ist die Schulbehörde aufgefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen für erfolgreiche Kooperationen dieser Schulen zu schaffen.

### **Förderunterricht für Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund**

Wir fordern, dass das in Hamburg ins Leben gerufene Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ (Mercator-FörMig-Treff) an in Frage kommenden Stadtteilen in Wandsbek umgesetzt wird.

### **Bewahrung der Profile**

Viele weiterführende Schulen in Wandsbek haben ab Klasse 5 mit Erfolg besondere Profilangebote entwickelt, beispielsweise in Musik oder Fremdsprachen. Die Zukunft dieser Profilangebote ist mit dem Wechsel der Klasse 5 und 6 an die Primarschulen gefährdet. Die Schulbehörde hat bislang keinen Vorschlag gemacht, wie die Profile in der neuen Schulstruktur gesichert und ausgebaut werden können. Hier fordern wir entsprechende Konzepte zur Sicherstellung der Profilangebote.

### **Zahl der Schulabbrecher halbieren**

Wir bedauern, dass sich die bisherigen Planungen vor allem mit den Strukturen, nicht aber mit Inhalt und Qualität von Unterricht und Schule befasst haben. Hier sind zahlreiche offene Fragen dringend zu klären. Ziel muss sein, die Quote der Schulabbrecher in Wandsbek in den nächsten drei Jahren zu halbieren. Zahlreiche Einzelmaßnahmen wie beispielsweise Förderkurse, Hausaufgabenbetreuung,

Elternlotsen, Eltern-und-Kind-Kurse und Maßnahmen gegen Schulumüdigkeit und Schwänzen wären hier einzuleiten. Die Schulbehörde ist aufgefordert, die vielen guten Einzelmaßnahmen der Hamburger Schulen zu bündeln und gemeinsam mit den Wandsbeker Schulen im Rahmen eines Programms für Chancengleichheit umzusetzen.